

Arbeiter-Zeitung

Unparteiische Zeitung für (Preisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend, Erziehung halbjährl. 2.00, 1.10. Postbez. monatl. Nachforderung vorbehalten. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 15 Cpf., Sonnabends 25 Cpf., Postfachkonto: Zeit Leipzig Nr. 16 654. Geldverkehrsamt: Pöhlertstr. 4; Zweigstelle Gothaerstraße 38. Für mehrerlei Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Gründungsort Merseburg. Im Falle d. Abw. d. Straß. u. d. Postamt d. Z. Nr. 1, od. Rückergäßl.



Anzeigenpreis Für den achteckigen Millimeterraum 7 Goldpfennige; im Reklamierl. 25 Goldpf.; für Chiffreanzeigen und Nachmeldungen 21 Goldpf. Nachtrag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgebend. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzverträge ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigen-Aufnahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 1001

Nr. 220

Donnerstag, den 18. September 1924

164. Jahrgang

Die Reichstagsauflösung erneut in Sicht.

Der Kampf um den Bürgerblock.

Berlin, 18. September. Die Parteileitung der Deutschen nationalen Partei hatte bereits gestern, wie wir berichteten, in einem Artikel in der „Deutschen Nationalen“ die grundsätzliche Bereitschaft der Parteileitung, sich an der Regierung zu beteiligen unter der Bedingung, daß sich die Deutschen nationalen nicht ändern dürfen, die Unmöglichkeit des Losens des Rates abzuwenden und zu verbessern. Unterbreitet wurde eine veränderte Exposition angekündigt für den Fall, daß die von der anderen Seite gegebenen Zusicherungen für den Eintritt der Deutschen nationalen in die Regierung nicht geltehten würden.

Das völksparteiliche Organ, die „Zeit“, gibt nun hierauf die Antwort. Das Blatt glaubt, die genannte Drohung auf die Gegenseite innerhalb der Deutschen nationalen zurückzuführen zu müssen (!!) und hofft, daß nach dieser Richtung hin der Vertragstag der Deutschen nationalen am 30. September eine gewisse Klarheit schaffen wird. Das Blatt bemerkt weiter, es sei ganz selbstverständlich, daß die Übernahme der Verantwortung nun auch die Grundlage sein müsse, auf der allein die Unterbrechung der Deutschen nationalen an der Regierung zustande kommen kann. Mit der Annahme der Deutschen nationalen habe der Reichstag und hätten die Deutschen nationalen selbst anerkannt, daß die Durchführung des Grundgesetzes nunmehr die Richtschnur unserer Politik sein soll. Die Deutschen nationalen werden sich also zu diesem Kurs bekennen müssen, wenn sie an der Regierung Anteil haben wollen.

Nach dem „Völk. Neuest. Nachr.“ soll bekannt sein, daß der Reichstag am 18. und mit ihm ein großer Teil seiner Kollegen die Ansicht vertritt, daß der rechte Flügel des Parlamentes mit in die Regierung einbezogen werden muß, um dem unzulässigen Zustand ein Ende zu machen, daß sich das Kabinett nur auf eine Minderheit im Parlament stützen vermag. Im allgemeinen neigt auch der vorläufig handelnde Reichstagskanzler zu derselben Meinung, hier aber liegen Bindungen vor, die unter Umständen noch zu erheblichen Anstößen

führen können, sofern es der Leitung des Zentrums nicht gelingt, die Gegenseite innerhalb der Partei zu überbrücken. Während der rechte Flügel des Zentrums die Notwendigkeit anerkennt, die Deutschen nationalen mit Hand anlegen zu lassen aus Furcht, erregt sich auf dem linken Flügel ein großer Widerstand gegen die Aufnahme des ehemaligen Reichstagskanzlers Dr. Wirth und seinen Leuten ausget.

Der Vorstoß der Deutschen nationalen hat erhebliche Schwierigkeiten auch bei den Sozialdemokraten äußerste Beunruhigung hervorgerufen, so daß sich der „Vorwärts“ in den schärfsten Ausdrücken gegenüber den Deutschen nationalen ergeht. Besonders

die Erklärung der schärfsten Opposition im Falle der deutschen nationalen Ausschließung von der Regierung, ist den Gesinnungen der Sozialdemokratie, bei denen

die Interterritorialfrage bekanntlich stets eine ganz erhebliche Rolle spielt hat, hart an die Nieren gegangen. Die Haltung der Sozialdemokraten in den ganzen letzten Jahren stellt ein ungeheures Risiko dar, und gerade die Zeit, wo der Reichstagskanzler sich mit Hilfe der Sozialdemokraten den Reichstag und die Regierung links hat, führt uns durch die tiefen Wellenränder der deutschen Gläubigen. Dazu kommt, daß die Energie der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten immer deutlicher und unerschütterlicher in die Erscheinung tritt. Es ist den Gesinnungen in Hinblick auf die Konkurrenz einfach verborgen, deutsch zu denken, deutsch zu fühlen und deutsche Politik zu machen. Ebenso wie die Kay und Spolem von Moskau, so fangen die Müller-Reuten und Edelmann von der Internationale ab und kommen von ihr nicht los.

So der deutschen Regierung aber bricht sich doch mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß schließlich ein anderer Kurs eingeschlagen werden muß. Dieser Kurs soll durchaus nicht gegen die deutsche Arbeiterbewegung gerichtet sein, im Gegenteil, man bemüht sich, sie mit teilnehmen zu lassen an allem, was das deutsche Volk angeht. Wenn sich aber die verböhrten Parteidoctrinen hart und unbehörbar ablehnen halten und es für eine Unmöglichkeit erklären, eine Front von Herz bis Müller zu bilden, dann müssen sie die Folgen einer solchen Handlungsweise vor ihren Vätern verantworten.

Die Frage einer Reichstagsauflösung

drängt sich unumkehrlich wieder auf. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dieser Schritt der Reichsheit letzter Schritt sein wird, wenn anders es nicht möglich ist, dem Kabinett Marx-Strödelmann ein brauchbares Fundament zu schaffen. Der letzte Tag der verflochtenen Reichstagsaktion, da Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam den Saal verlassen, die Beratung der Volksliste unmöglich machen und die Beschäftigung des Hauses verhindern, zeigte, welche Möglichkeiten der Opposition gegeben sind, um jede gesetzgeberische Tätigkeit lahmzulegen. Versteht sich die Dinge auf solche Mäander, dann bleibt in der Tat den regierenden Männern nichts anderes übrig, als das deutsche Volk bei dem Reichstag selbst entscheiden zu lassen, ob es sich einem derartigen Terror auf die Dauer gefallen lassen will. Wir werden also voraussichtlich im Laufe des Oktober vor überaus wichtige Entscheidungen gestellt sein, deren Vole in den Möglichkeiten liegen:

Zusammenschluß des gesamten Bürgerblocks oder — Neuwahl des Reichstages.

Der Kampf gegen Macdonald.

Das englische Parlament tritt am 30. September wieder zusammen und man erwartet allgemein in England, daß es zu einer scharfen Aussprache über die politische Lage kommen wird, in der es nicht an Angriffen auf den Ministerpräsidenten Macdonald fehlen dürfte. Die Stellung des Führers der Arbeiterpartei als englischer Premier ist durchaus nicht so gefestigt, wie man es auf Grund der geführten demokratischen und sozialistischen Zeitungsnachrichten auf dem Kontinent und insbesondere in Deutschland annimmt. Nicht nur die Konservativen, auch die Liberalen, die der Politik Macdonalds wiederholt Unterstützung zuteil werden lassen, lassen ein deutliches Mißtrauen erkennen, da sich im Verlauf der Londoner Verhandlungen, infolge auf gemißten Subventionen, die Vorbereitung feigelegt hat, daß sich hinter der Politik, die von Macdonald befolgt wurde, ein gemeinsames Abkommen internationaler Sozialisten verbirgt. Es liegen in der Tat manderlei Anzeichen dafür vor, und möglicherweise ist es Macdonalds nächster Schritt, bei den zu erwartenden Verhandlungen über einen etwaigen Ausgleich der interalliierten Schulden, entgegen dem englisch-amerikanischen Abkommen an der Seite Frankreichs eine Neubildung der amerikanischen Schuld zu fordern. Man hofft dadurch, die Annäherung internationaler Sozialistengruppen sowie eine französisch-deutsche Industrie-Annäherung, oder eine deutsch-amerikanische Verbindung, die langsam den Geldmarkt in Europa befestigen würde, erschweren zu können, was für den internationalen Sozialismus ungewissheit als ein Erfolg zu buchen wäre. In dem Kampf gegen diese Annäherung betont man von heutiger englischer Regierungsidee nicht unrichtig die tatsächliche bei der englischen Kleinindustrie bestehende Konkurrenzfurcht vor Deutschland, während man andererseits ein deutliches Bestreben erkennen läßt, das sozialistische Italien immer mehr zu übergeben und zu isolieren. Sowohl konservative wie auch liberale nehmen den mit Ausland abgeschlossenen Vertrag als Ausfallort für ihren Kampf, und man kann mit großer Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß durch eine Ablehnung dieses Vertrages im Interim die Neuwahlen erzwingen werden. Die oppositionelle Presse hat sich bereits jetzt auf diese Neuwahlen ein, wie die Macdonald-Regierung große Hoffnungen auf dem sozialpolitischen Gebiete vor und macht sie verantwortlich dafür, daß der englische Außenhandel immer mehr zurückgegangen ist, trotzdem sich die Weltmarktkonjunktur geöffnet hat. Von liberale Seite wird der russische Vertrag geradezu als ein „schamloser Betrug“ bezeichnet, und Änderungsverträge, die seine wichtigsten Bestimmungen, die Garantie für eine Anleihe und die Aufhebung der Reichsrente der zaristischen Guthaben außer Kraft legen, sind bereits in Vorbereitung. Macdonald muß also damit rechnen, daß es ihm nicht gelingen wird, den Vertrag, so wie er ist, durchzuführen und somit die Gegenpartei damit einzuleiten zu wollen, daß er gemeinsam mit Herriot auf die augenblicklichen Machtverhältnisse in Moskau dahin einzuwirken vermag, sie zu einer Demokratisierung der russischen Regierungsform zu veranlassen. Wenn dies erreicht ist, so wäre das nicht nur für den internationalen Sozialismus ein Erfolg von weltweiter Bedeutung, sondern auch neben England und Frankreich auch noch auf den in sozialistischer Hand wäre, sondern es würden auch die schärfsten Argumente gegen den englisch-russischen Vertrag entkräftet sein, und es wäre kaum daran zu zweifeln, daß in der Neuwahl die englische Arbeiterpartei einen durchschlagenden Sieg davontragen würde. Wie sich alsdann die Liberalen zur Arbeiterpartei stellen würden, ist freilich eine durchaus offene Frage. Möglich wäre, daß trotz oder vielleicht infolge solchen Wahlerfolges der Arbeiterpartei eine neue Union zwischen Whigs und Tories Platz greifen könnte.

sehr erhalten. Von anderen Beamten waren über 700 ausgewiesen. Davon bleibt auch jetzt noch etwa 150 Personen (ausgeschlossen der Familien) die Heimat verlassen. Die 214 Privatpersonen, die aus der Flucht ausgewiesen waren, können ebenfalls nur teilweise zurückkehren. Eine 40 bis 45 von ihnen ziehen aus noch auf der letzten Zulassungsliste.

In Aachen trafen gestern Abend, aus dem Zuchthaus zu Löwen kommend, die wegen verurteilter Sabotage zu Tode verurteilten und nachher zu lebenslänglichen Zuchthaus beurlaubten politischen Gefangenen Graf Keller, Schälge, der Sohn der Schriftstellerin Nie von Stadt, Klinkenberg und Lorbeer ein. Mit ihnen kamen auch die freigelassenen Sprengvertrags am Bahnhof Vorheide bei Aachen zu langen Zuchthausstrafen verurteilten Wengel aus Stolberg und Neubaus aus Aachen zurück. Die hiesigen Landesleute wurden vom Notar Kreuz betreut und sind nach ihrer Heimat abgereist.

Die Kontrollkommission an der Arbeit.

Die „gefährlichen“ Bergsteinstone.

Stettin, 17. Sept. Nachdem bereits am Sonnabend eine Kontrollbesichtigung der deutschen Erbschaftssteuer-Verfahren durch die internationalisierte Kontrollkommission statt-

Die Organikulation des Dawes-Planes.

Ernennungen der Reparationskommission.

Paris, 18. September. Die Reparationskommission hat die drei Mitglieder des Ausschusses für die Bau und Verwaltung für die Industrieobligationen, zu deren Ernennung sie verpflichtet ist, gewählt. Es sind dies der Herr Dr. B. H. (Frankreich), F. J. (Belgien) und J. (England). Weiter hatten im Hotel Alvaria die drei Vertretermänner für die Organisation des Dawes-Planes, Owen Young, Mac Fadyen, Delacroix und H. J. (Frankreich) die beiden Kommissaren für die Reichsbank und Reichsbankgesellschaft, den Holländer Brunus und den Engländer Levee, eine längere Besprechung. Die Organisation der einzelnen Verwaltungsbereiche und der Kontrolle wurden erörtern.

Owen Youngs Bericht in Paris.

Paris, 17. September. Der „New York Herald“, dessen enge Beziehungen zur Reparationskommission bekannt sind, veröffentlicht über die Sitzung der Reparationskommission noch einige interessante Einzelheiten. Danach hat der Herr Owen Young betont, daß Deutschland ganz im Einklang mit den besten Willen beweisen habe, um in jeder Beziehung an der Durchführung des Dawes-Planes mitzuarbeiten. Dies werde die besten Ergebnisse haben, um die 800 Millionen Goldmark anleihe im nächsten Monat unterzubringen. Auch über die Unterbringung der Dawes- und Eisenbahnobligationen äußerte sich Young sehr ausführlich. Er erklärte weiter, daß das Personal, das für die verschiedenen Reparationsarbeiten notwendig wäre, auf das denkbar größte Minimum beschränkt werde, um unnötige Ausgaben zu vermeiden. Barthou beglückwünschte Young zu seinen Ausführungen und sagte in einer sehr feinsinnigen Rede, daß es besonders dank der verschiedenen Fähigkeiten und Geschicklichkeit Young gelungen wäre, schon in so kurzer Zeit derart gute Ergebnisse zu erzielen. Die Reparationskommission könne daher die Hoffnung haben, daß der Dawes-Plan zur Lösung der europäischen Schwierigkeiten auf beste Weise beitragen könne.

Der „Chicago Tribune“ zufolge hat die Reparationskommission im Verlauf der Sitzung, der Owen Young beigewohnt, auch den Preis der deutschen Reparationsleistungen festgesetzt. Er beträgt ungefähr 18 Goldmark für eine

Zonne und tritt vom 1. Oktober ab in Kraft. Er wurde festgesetzt, um die glatte Abwicklung der Zahlleistungen zu ermöglichen.

Denis zum Generalsekretär für die Dawes-Kommission ernannt.

Paris, 18. September. Der zweite Generalsekretär der Reparationskommission, Herr Denis, ist am Dienstag zum Generalsekretär sämtlicher Adressierten, die nach den Bestimmungen des Dawes-Guthaus ernannt wurden, ernannt worden. Denis trifft tomorrow in Mitrovica in Belgrad ein, um die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Adressierten zu organisieren.

Sanktionsvollmacht des Völkerbundes.

London, 17. September. Nach Berichten aus Genf enthält der neue in Vorschlag gebrachte Friedenspakt des Völkerbundes Bestimmungen, durch die sich die Signatarmächte verpflichten, bei allen internationalen Streitigkeiten sich einer Vermittlung zu unterwerfen. Die Nation, die sich weigert, in einem Streitfälle eine Vermittlung anzunehmen, wird als Aggressor hingestellt. Die Vermittlung soll bei Streitfällen entmilitarisierte Zonen festlegen und bei Verstößen militärische und wirtschaftliche Sanktionen gegen den Friedensbrecher verhängen. Das Sekretariat des Völkerbundes wird dann beauftragt werden, einen Sanktionsplan auszuarbeiten für die Mächte gegen die verstoßende Nation aufzustellen. Die Signatarmächte verpflichten sich, an einer Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Der Vertreter Italiens legte Einspruch dagegen ein, daß die Nation, die eine Vermittlung ablehnt, als Aggressor betrachtet werden sollte.

Zwei Stunden wieder frei.

Stettin, 17. Sept. Die Franzosen sind gestern auch aus Aachen ausgewandert. Langenberg, das gestern ebenfalls geräumt werden sollte, ist noch besetzt. Die Räumung ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Die Rückkehr der Ausgewiesenen.

Landwischhafen, 17. Sept. Die aus der Flucht ausgewiesenen Eisenbahner (über 2000) haben nach der neuen Flucht der internationalisierten Rheinlandkommission die Erlaubnis zur Rück-

38. Landtag der Provinz Sachsen.

3. Vollziehung.

Auch der Antrag auf Annahmerücktritt findet keine Annahme. Zugleich ist ein weiterer kommunistischer Antrag eingegangen, der sich mit der Unterfertigung der Anwaltschafts- und Kriegsinterimverträge beschäftigt.

Das Haus beschließt, über die drei verbleibenden Anträge Wallfisch (Komm.) Gelegenheit, eine feiner bekannten Person und Anwaltschaftsreden zu halten.

Für die Sozialdemokraten spricht Abg. Bach. Er verlangt Inanspruchnahme von Notstandsarbeiten und Verbesserung der Unterfertigungen.

Abg. Deuse (S. V.) kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Anträge der Kommunisten weniger aus Mitleidenschaft als aus mitleidigen Gründen gestellt sind. Die Wirtschaftskrise hat nicht nur Arbeiter und Angestellte auf die Straße geworfen, sondern auch Unternehmenseinkünfte sind erwerbslos geworden. Man müsse hier praktische Arbeit leisten. In dieser Vermählung wird die Bürgerliche Vereinigung dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen, da er einen gewissen Schritt den Weg zur Arbeitsbeschaffung helfen wird.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der beiden kommunistischen Anträge, dagegen die einstimmige Annahme des Antrages der Sozialdemokraten.

Nachdem Abg. Wallfisch zwei Ordnungsrufe erhalten hat, gibt Präsident Weim nochmals einen Lieberblick über die im beiden Tagen geleistete Arbeit, beglückwünscht Oberbürgermeister Bach für seine Wahl als Landeshaupmann und dankt für das Vertrauen, das seiner Person als Vorsitzender entgegengebracht worden ist. Vizepräsident Hausmann-Wagdeburg gibt seiner Freude Ausdruck, daß es gelungen ist, die Landeshaupmannswahl so reibungslos durchzuführen und spricht Abgeordneten und Landtagsmitgliedern für ihre mittheilbare Arbeit den Dank der Staatsregierung aus. Mit den besten Wünschen für die Zukunft der Provinz erklärt er 5.45 Uhr den 38. Provinziallandtag für geschlossen.

Aus Stadt und Umgebung

Stadtrat bestirbt Ehrenvorsitzender des Theatervereins.

Für den Ehrenvorsitzenden des Theatervereins wurde der bisherige Vorsitzende, Herr Stadtrat Bessert, ernannt. Am Dienstag wurde ihm in seiner Wohnung die Ehrenurkunde durch eine Deputation überreicht. Herr Mittelschulischer Regier., der jetzige Vorsitzende des Theatervereins, hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache. Frau Stadtrat Bessert, die gleichfalls für den Theaterverein getan hat, wurde ein prachtvoller Rosenkranz überreicht. Bekanntlich hatte Frau Stadtrat Bessert mit der Bühneneinrichtung viel Arbeit und auch des öfteren die Künstler beherbergt.

Seine Stadtverordnetenversammlung am Montag. Der Stadtverordnete gibt bekannt, daß am Montag, den 22. September 1924 keine Sitzung der Stadtverordneten stattfindet.

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 16. September. Die auf den 1. d. M. 1924 basierende amtliche Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts hat gegenüber dem Stande vom 9. September (124,7) im wesentlichen unter dem Einfluß der weniger schiefgenen Getreidepreise um 3,1 p. S. auf 128,6 angezogen.

Für ein Heimatlid. Der Abgeordnete der Provinz Sachsen schlägt folgenden Antrag vor: In der Provinz Sachsen nicht auch ein Heimatlid, wie andere Provinzen es haben. Dieser Antrag ist kaum erklärlich; denn ein Schönlid, Fülle und Reizung und ein geistlich-ästhetischer, also an Gütern, die den Dichter und Sänger begeistern und antworten müssen, will nicht in der Provinz Sachsen vorhanden sein. Der V. M. des Abgeordneten des Provinz Sachsen hat beschlossen, einen Versuch zu unternehmen, um die Lücke auszufüllen und fordert die Mitglieder des Verbandes, aber auch jedes Mitglied, das sich bemühen will, zu eifriger Mitwirkung auf. Texte und Melodien werden von besonderen Sachverständigen ausfindig gemacht. Für die besten werden Sonderpreise von je 50 Mark und ein Preis von 100 Mark und ein zweiter Preis von 50 Mark gezahlt. Derselben Preise werden für die beiden besten Melodien ausgesetzt.

Die Nonard-Marke. Zur Feier des 400. Geburtstages des französischen Dichters Nonard gibt die französische Postverwaltung eine besondere Erinnerungsmarke aus die das Bild des Dichters zeigt. Die Marke wird am 6. Oktober in den Handel kommen und bis zum 30. November verkauft werden. Sie kann bis zum 31. Dezember 1924 zur Finanzierung von vielen Dingen benutzt werden.

Musik- und Theaterfest in Wien. In Wien beginnt jetzt das große Musik- und Theaterfest. Das Rathaus ist beflaggt, an den Fenstern erstrahlen die Farben der österreichischen Kaiserfamilie, ein kleines feierliches Gemälde für Musik und Theater. Das in seiner herben und zugleich verführerischen Pracht nicht so über zu einem großen Fest — aber nicht rein geistlich — Baumere paßt. Der Bürgermeister heißt die Gäste willkommen und erklärt, die Festung wird von keinem einzelnen, auch nicht vom Heiligen Verleumdeter, der nur die Arbeit, nicht das Vergnügen auf sich genommen, händeln, sondern zu beglücken sein. In 31 Zonen sollen in 11 Theatern, 4 Konzertsälen und 3 Kirchen im ganzen 56 Festaufführungen stattfinden, darunter 16 Opern- und 4 Operetten, 13 Malen 2 oder gar 3 Aufführungen zeitlich zusammen.

Wie Victor Hugo zu einem guten Kaffee kam. Victor Hugo lebte, wie Voltaire, leidenschaftlich einen guten Kaffee er mochte ihn allerdings nicht in unverfälschtem Zustand vorzubereiten nicht so sehr als die alte Mischung von Kaffee und Schokolade, was er eines Tages gelegentlich einer Handarbeit in ein Gefäß kam, wo er eben Speise und Trank zum Frühstück zubereitete, verlangte er nicht mehr, sondern er sich den ganzen Vorrat ausbat, der sich im Gefäß befand, da das ganze Gefäß voll war, so ließ er sich nicht weiter kümmern, sondern er sich einen guten Kaffee.

Auf der Tagesordnung der Schlußsitzung des 38. Provinziallandtages, die Präsident Weim 3.25 eröffnet, stehen die üblichen, schon bei den letzten Sitzungen eingebrachten kommunistischen Anträge:

1. auf Aufhebung der Bestimmungen der Staatsregierung, nach denen die kommunistischen Gemeindevertreter nicht befähigt sind, die „rote Hilfe“ zur Unterfertigung proletarischer Aufzugsarbeiten;

2. auf Umverteilung der politischen Gefangenen;

3. auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Erwerbslosen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose und Arbeiter und Verbesserung der Vorarbeiten über die Unterfertigung der Erwerbslosen verlangt.

Am ersten Antrag schloßen die Kommunisten den Abg. Weimans vor, der die Maßnahmen des Innenministers Ablehnung heftig angreift und sich gegen die Sozialdemokraten wendet.

Abg. Kaparek (S. V.) entgegnete ihm, daß sich diese Maßnahmen nicht gegen die Kommunisten selbst, sondern gegen ihr Benehmen und Verhalten in den verschiedenen Parlamenten wenden. Seine Fraktion werde gegen den Antrag stimmen.

Den zweiten Antrag begründete Abg. Holzweitz. Am ersten die Abg. Holz (S. V.) und Bohmeyer (S. V.) entgegen. Letzterer stellt fest, daß es sich hier nicht um Opfer der Klassenjustiz, sondern um solche der kommunistischen Hilfe handelt.

Abg. Wallfisch (Komm.) beantragt, im Falle der Ablehnung die Summe bereitzustellen und am 1. d. M. die rote Hilfe den Gemeinden zum gleichen Zweck auszuführen.

Beide Anträge werden gegen die Stimmen der Kommunisten und einiger Sozialdemokraten abgelehnt.

partei behandelt zu werden; doch dürfte sie auch nicht alles Gute systematisch verleugnen, was der Faschismus gebracht habe. In der äußeren Politik habe er und seine Regierung Erfolge zu buchen, so in der Frage Rußlands, des Dodekanes und des Jubalandes.

Vor einer Zusammenkunft Benesch-Seipel.

Paris, 17. September. Wie „Marobit City“ meldet, wird sich Dr. Benesch Ende September nach Wien begeben, um sich über verschiedene politische Fragen mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel zu unterhalten.

Anfang mobilisiert.

Paris, 17. September. „Chicago Tribune“ berichtet aus Warschau: Während in Ungarn Tausende von Versammlungen stattfinden, um das Proletariat der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs zu veranlassen, ihre Regierungen von einem Eingreifen in China abzuhalten, ruft die Internationale angeführt der Vorgänge in Transbaikalien den Aufmarsch 1923 in Sibirien unter die Waffen.

Bestärkung der militärischen Lage der Spanier in Marokko?

Madrid, 17. September. Aus Marokko wird gemeldet: Die militärische Lage in der Westzone bessert sich fortgesetzt. Vorgesehen hatte sich General Berber, Mitglied des Direktoriums, mit seinem Gefolge im Auto von Tetuan nach Tanger begeben. Er ist gestern auf dem gleichen Wege zurückgekehrt. Die Reise ist ohne den geringsten Zwischenfall verlaufen und hat somit die Gerüchte bestätigt, daß die Verbindungslinie zwischen diesen beiden Städten unterbrochen sei.

Auffassungsbeziehung in Moskau.

London, 17. September. In den Diktirten Jafko und Amabaha im Norden von Moskau wurde, wie Neuter meldet, nach einem Aufstand türkischer irregulärer Truppen der Kriegszustand erklärt. Aeroplane greifen die Aufständigen mit Wasserbomben an. Nach einem offiziellen Erlaß des Innenministers von Irak ist die Erklärung des Kriegszustandes nur eine Vorkehrungsmaßregel, um in Zukunft ähnliche Vorfälle an den Fronten zu vermeiden.

Die Regierungstruppen zurückgeschlagen.

London, 17. September. Nach Meldungen aus Shanghai wurde der große Angriff der Regierungstruppen auf die Weiße Republik in Zhejiang am den West Shanghai zurückgeschlagen.

Entdeckung eines fünften Jupitertrabanten. Das „Echo de Paris“ bringt ein Radiotelegramm aus New York, nach dem bekannte Astronom James Robertson einen fünften Trabanten des Jupiter entdeckt hat, der den Planeten umkreist. Siebenjährige Anstrengungen und Arbeit, ausgeführt mit Beobachtungen und Berechnungen, hätten zu dieser Entdeckung geführt.

Kammerjäger Bohnen bei einem Gastspiel schwer verletzt. Nach einer Meldung der „S. P.“ hat sich Kammerjäger Michael Bohnen am Montagabend bei einem Gastspiel in Sambura einen tödlichen Nagel in den Leib gestochen. Gestern machte sich bei ihm so hartes Niesen bemerkbar, daß er ins Krankenhaus geschafft und dort sofort operiert werden mußte. Ein Heiler hat heraus, daß er sich einen Nagel verunglückt zugezogen hat. Das Gefundene Bohnen, der gestern abend nach Berlin transportiert wurde, ist beforzugsrettend.

Ausgrabung altgriechischer Statuen bei Neapel. In Vico Equense, in der Nähe von Neapel, wurden auf der Beschaffung einer Frau Valenzona die Ausgrabungsarbeiten zwei alte Marmorstatuen gefunden. Unter den vielen Götzen, die sie beiseite brachten, befand sich ein Freund des Hauses der Medici in Gennaro, der sich bestellte, den Fund nach seinem Hause schaffen zu lassen. Nach dem Befund der Sachverständigen handelt es sich bei diesen beiden Marmorstatuen, die eine herrlich gefornnte Venus, der leider der Kopf fehlt, und den Haupt des eines Epheben darstellend, um Werke reichlicher Kunst, die dem 5. Jahrhundert v. Chr. angehören. Einer der Antiquare, die in großer Zahl zur Beschaffung in Vico eingetroffen sind, soll die Gennaro bereits für die beiden Statuen 100 000 Lire geboten haben. Inzwischen hat aber der Rufus der Monumentalwerte die Beschaffung der beiden Marmorstatuen verweigert. Gleich-

Wann gehe ich ins Hallische Stadtheater?

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerst.	Freitag	Sonntags	Samstag
22. 9.	16. 9.	17. 9.	18. 9.	19. 9.	20. 9.	21. 9.
Die Fahrt nach Dröblich	Die Fahrt nach Dröblich	Die Fahrt nach Dröblich	Die Fahrt nach Dröblich	Die Fahrt nach Dröblich	Die Fahrt nach Dröblich	Die Fahrt nach Dröblich

gefunden hatte, wobei nach etwaiger unerlaubter Erzeugung chemischer Kampfstoffe gefordert wurde, fätschte die Kommission am Montag einem Speichergebäude in der Altmüchstraße einen Bescheid ab. In diesem Speicher, in dem sich feuergefährliche Explosionsstoffe befanden, ist jetzt das Lager der Explosionsstoffe konfiszieren untergebracht mit Kolonialwaren, Materialien usw. Das Lager ist einer gründlichen Untersuchung unterzogen worden. Deringstonen, Gurtenspeicher usw. wurden umgelagert. Verhängnis hat die Kommission nicht entdecken können.

Aufgehobenes Verbot. Düsselhof, 18. Sept. Das von der Befehlshaber des verhängte Verbot über die „Deutsche Allgem. Ztg.“ ist mit Wirkung vom 12. September ab aufgehoben.

Ermäßigung des Kreditinlasses der Rentenbank.

Berlin, 18. Sept. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat die Deutsche Rentenbank beschlossen, zu der Entlastung der notleidenden Handwerker auf ihre langfristigen Kredite durch Befreiung des Kredits auf Reichsbankdinsten (S. V. P. 2) zu verzichten. Die betroffenen Banken sollte dieser Befreiung noch am Mittwoch zugehen mit der Maßgabe, daß dieser freiwillige Antragsantrag voll und ganz den letzten Bestimmungen zu Gute zu kommen hat. Die Rentenbank sieht sich verpflichtet, die Befreiungsaktion der Reichsregierung durch diese Maßnahme zu unterstützen.

Notstatter von Doehs in Berlin.

Berlin, 17. September. Der deutsche Notstatter in Paris, H. Doehs, hält sich augenblicklich in Berlin auf. Sein Vorkaufs hat keinerlei politischen Charakter. Gestern nahm H. Doehs an dem Frühstück, das Dr. Stresemann den belgischen Delegierten gab, teil.

Der Fall Weimer.

Zum Fall Weimer, der durch das Interview, das der Oberbürgermeister der Stadt Hannover einem Redakteur des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ gewährt hatte, in ein neues Stadium des öffentlichen Lebens getreten ist, hat der Regierungspräsident in Hannover den Abwärtler zwischen Oberbürgermeister und dem Erdbauamt beauftragt, an den Minister des Innern weiterzugeben hat. Dieser ordnete daraufhin die Beauftragung des Vertrages an, wobei im Rathaus in Hannover zur Stunde allerdings noch nichts bekannt ist.

Wegen des Auftrages gegen die sozialdemokratische Zeitung „Vollstimme“.

In Münster wurden die beiden einer rechtsradikalen Organisation angehörenden Angeklagten Schreiber und Kellner zu je 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Gericht beschloß ein Ordnungsgeld zu befürworten, damit die Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe umgewandelt und die Strafe ermäßigt wird.

Schlager zwischen Sozialisten und Kommunisten in Berlin.

Der Bezirksverband Groß-Berlin der sozialdemokratischen Partei veranstaltete am Dienstag in Groß-Berlin 17 Versammlungen, die sich mit dem Thema: „Die Parteien zur Londoner Konferenz und die Vertiefung der Lagen“ beschäftigten. In einer Versammlung in der Raumnitzstraße kam es zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu einer Schlägerei, in deren Verlauf 15 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Ein großes Maßgebend der Schlägerei räumte schließlich den Saal und nahm mehrere Personen fest.

Aus aller Welt.

Der Wiener Metallarbeiter streikt.

Wien, 17. September. Der Metallarbeiterstreik ist beendet. Die Verhandlungen werden die Arbeit wieder aufgenommen. Die Verhandlungen endeten mit einer Utopozentgen Erhöhung der Löhne. Der teilweise Sympathisierer der Metallarbeiter ist ebenfalls beendet. Die Zeitungen erscheinen wieder.

Die „Aröße“ faschistische Demonstration unterbleibt auf Befehl Mussolinis.

Rom, 17. September. Die für den 21. September geplante große Demonstration in Rom, die eine starke Konzentration faschistischer Provinzialverbände gewesen wäre, und der man wegen der Gefahr von Zusammenstößen mit Besorgnis entgegenah, unterbleibt auf Befehl Mussolinis.

Eine Rede Mussolinis in Neapel.

Neapel, 17. September. Am Dienstag hielt Mussolini hier eine Rede, in der er u. a. ausführte, er habe den festen Willen, allen nationalgefühnten Italienern den inneren Frieden zu bringen, doch müsse hierüber auch die Evolution eingetommen werden. Die Evolution könne schließlich händlich nicht erwarten, in derselben Weise wie die Faschisten.

Kunst und Wissenschaft

Der Livius-Codex nicht gefunden.

Rom, 17. September. Heute früh ist Prof. Di Martino in Rom in der Präsekte von Neapel erschienen, wo ihm der bibliothekarische Oberassistent Commendatore Di Nola, dem von der Regierung die Untersuchung über die Livius-Funde anvertraut wurde, erwartete. Prof. Di Martino hat eine kurze präzise Erklärung vorgelesen, in der er behauptet, daß er nach einem Studium und angemessenen Suchen ein noch nicht veröffentlichtes und von niemand gesehenes Dokument gefunden hat, das an einem öffentlichen Ort aufbewahrt werden und aus dem zu entnehmen sei, daß ein Schreiber den Auftrag erhalten habe, die Bücher des Livius abzuschreiben.

Auf Grund dieses ersten Ergebnisses habe er sich mit Entschlossenheit „an die Arbeit gesetzt“, und er sei schon nahe daran gewesen, etwas Wichtiges und Positives zu erreichen, als der Röm um den Fund ihm die Möglichkeit benahm. Prof. Di Martino, er glaube nichts anderes hinzuführen zu brauchen, behalte sich aber vor, einen präzisieren Bericht über das aufgefundenen bedeutende Schriftstück niederzuschreiben.

Commendatore Di Nola hat die Erklärung Livius zur Kenntnis genommen. Livius hat beim Kabinetschef des Präsekte um volle Bewegungsfreiheit nachgehakt. Dieser verweigert, mit dem Vizebürgermeister darüber Rücksprache zu pflegen.

Die ganze Welt wird diese Nachricht mit Erstaunen erfahren. Die Erklärung Livius sagt nichts darüber, ob er die Codices gefunden hat. Sie besagt nur, daß er einige Spuren hätte. Andererseits gibt es viele, die behaupten, die Erklärung Livius sei nur eine Ausschweifung, um die Arbeit in voller Höhe zu fördern.

Angehoben veröffentlicht das italienische Unterrichtsministerium folgendes Kommuniqué: „Auf Grund der erhaltenen Meldung ist heute in Gegenwart des Präsekte von Neapel Prof. Di Martino verurteilt worden. Aus beiden Mitteilungen, die hier eingetroffen sind, erkennt man, daß Livius nichts gefunden hat, sondern daß er nur in den Besitz von Nachrichten darüber gekommen sei.“

Fruchtbare Arbeitsgemeinschaft.

Die Erörterungen und Auseinandersetzungen über die Bildung einer neuen Arbeitsgemeinschaft nehmen besonders in der Fachpresse ihren Fortgang. In der neuesten Nummer des „Arbeitsgebers“, des Organs der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, finden sich wiederum zwei Beiträge von der Seite der Arbeitnehmer zu der Frage einer neuen Arbeitsgemeinschaft. Der erste Beitrag stammt von Erlebens, der bekanntlich Vorsitzender der Rüstungswerkschaften ist. Erlebens ist gemäß seiner ganzen Vergangenheit nur allzufern in der Doktrin der sozialistischen Gewerkschaften befangen. Bewußtlich bleibt an seinen Ausführungen nur, daß er den sozialen Frieden als unerbitliche Notwendigkeit endlich erkannt hat. Diese Erkenntnis kommt bei Erlebens allerdings etwas reichlich spät. Bei seinen sozialistischen „Freunden“ dürfte sie auch heute noch nicht vorhanden sein. In dem Eingangsabschnitt der Notwendigkeit des sozialen Friedens liegt aber die von gewerkschaftlicher Seite ausgesprochene Bankrotterklärung der Gewerkschaftslehre, die glaubt, durch die Betonung des Klassenkampfes die soziale Lage der Arbeitnehmerschaft bessern zu können. Mit aller Schärfe muß hervorgehoben werden, daß eine neue Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerverbänden nur dann Sinn hat, wenn sie tatsächlich den sozialen Frieden anbahnt. Zutun das nicht, dann müßte auch eine neue Arbeitsgemeinschaft von 1918 gehen und würde damit nur zum zweiten Male den Beweis liefern, daß eine Arbeitsgemeinschaft eben unmöglich ist, wenn die auf beiden Seiten beteiligten Verbände nicht die übertriebene Betonung des Klassenhandbundes abstreifen. Hier aber scheint uns schon heute eine große Gefahr zu liegen. Die neue Arbeitsgemeinschaft müßte inhaltslos sein, wenn nicht gerade die Organisationsarbeiten für betriebl. die gleich den vaterländischen Arbeitnehmerverbänden des Nationalen Bundes Deutscher Berufsverbände seit ihrem Bestehen sich dazu bekannt haben, den Wirtschaftsfrieden schaffen zu wollen. Da aber müssen sowohl die Gewerkschaften, als auch die Unternehmerverbände reichlich unternehmen und den Mut für die Tatsache aufbringen, daß am Anfang des Umwerdens das Bekenntnis einer früheren falschen Einstellung stehen muß. Wohl soll man die Hoffnung haben, daß die Gewerkschaften, die national sein wollen, sich zu dieser Tat der Selbstbesinnung aufraffen. Zweitens muß man allerdings werden, wenn heute Jambuch, der die Hauptmasse der christlichen Gewerkschaften hinter sich hat, Stegerwald deshalb in aller Öffentlichkeit angreift, weil er von der neuen Arbeitsgemeinschaft nichts wissen und das ausgesprochene Bündnis mit den sozialistischen Gewerkschaften nicht aufzugeben will. Sollen aber die neue Arbeitsgemeinschaft tatsächlich fruchtbar sein, dann kann sie nur in ausgesprochener Ablehnung des marxistischen Klassenkampfes und damit der sozialistischen Gewerkschaften aufgebaut und gehalten werden.

Preußen und sein Königshaus.

Eingriffe in das Privateigentum der Hohenzollern. Im Preussischen Staatsministerium fand eine Aussprache über die kürzlich veröffentlichte Denkschrift der Preussischen Regierung über die Auseinanderlegung mit dem Hause Hohenzollern statt. Es ist bekannt, zu sehen, wie der preussische Staat, der sein Dasein den Hohenzollern verdankt, es darauf ankommen läßt, sich wegen eines jeden Vermögensobjektes vor den Gerichten verklagen zu lassen. Nicht genug, daß man dem zumrührenden Herrscherhause den Thron und alle Rechte nahm, man greift auch in das Privateigentum. Von Unstärklicher Seite wird bei jeder Gelegenheit, als ob unangehörige Zustände die eigentlich dem Staat gehören, dem Kaiser und dem Hause Hohenzollern zur Verfügung gestellt worden seien. Gegenwärtig beträgt die Rente 50 000 Goldmark monatlich. In diese 50 000 Mark teilen sich 40 Mitglieder der Familie Hohenzollern und sämtliche Hofbeamte und Beamte der Vermögensverwaltung. Was für den einzelnen übrig bleibt, ist geradezu lächerlich. Die preussische Regierung legt Wert auf die Feststellung, daß sie die Auseinanderlegung, als eine rein rechtliche Angelegenheit betrachtet. Trotzdem äußerte ein Vertreter der Regierung: „Wir nehmen an, daß das Königshaus sich von der Unmöglichkeit überlegen wird, seine sämtlichen Ansprüche auf dem ordentlichen Rechtsweg durchzusetzen.“

Derselbe Vertreter mußte jedoch zugeben, daß man den ordentlichen Rechtsweg anerkennen müsse, wenn das Königshaus den ihm vorgehaltenen Vergleich nicht annehme, und daß dieser Vergleich keinesfalls Vorteile für die königliche Familie böte. Es ist also nicht einzuwenden, warum die ordentlichen Gerichte in der Entscheidung um die finanziellen Auseinandersetzungen ausgeschaltet werden sollen. Nach der Denkschrift ist bekanntlich ein Schiedsgericht vorgezogen, als dessen Unparteilichkeit der Staatsminister Dreves vorgehoben ist. Jedenfalls ist für die Auseinanderlegung ein Ende noch nicht abzusehen, und man muß sich noch auf viele Prozesse gefaßt machen, da, wie der Vertreter der preussischen Regierung ausagte, auch der vorliegende Vergleichsvertrag von den Bevollmächtigten des Königshauses wiederum abgelehnt worden ist.

Wie stark die Politik in die rechtliche Auseinanderlegung zwischen Staat und Königshaus eingreift, zeigt die Stellungnahme des Berliner Tageblattes, das in einer ausführlichen Besprechung der Denkschrift der preussischen Regierung sich dafür einsetzt, daß ein Ausnahmegericht zur Entscheidung der Hohenzollern gegen eine vom Staat nach freiem Ermessen (!) zu bestimmende Entschädigung durch den Reichstag geschaffen werde. Es beruft sich dabei auf die Entscheidung des Reichstages durch die Justizrat. Die Tatsache, daß durch die Ministerialrat der nachrevolutionären Regierung von dem Umwege über die Ministerielle zahllose Familien ihres gesamten Vermögens beraubt worden sind, bedeutet für das „Berliner Tageblatt“ also einen „Rechtsvorgang“, der die mehr oder weniger entschädigungslose Enteignung des Königshauses rechtfertigen würde. Das läuft praktisch auf die

Rechtsauffassung der Reichsjustiz

hinaus, die sich auch keine grauen Haare wachsen lassen, das ehemalige Herrscherhaus, den Grundbesitz und überbauet die gesamte „Bourgeoisie“ zu enteignen. Auch sie vertreten, genau so wie das „Berliner Tageblatt“, den Standpunkt, daß der Besitz „zumutungsgründlich“ sei. Da für solche Besonderegänge bei unbestimmten bürgerlichen Gerichten kein Verständnis zu finden sein wird, erklärt das „Berliner Tageblatt“ furchtbar, die Durchführung der Einzelprozesse sei in Zukunft „nicht angängig.“ Nun, man darf wohl davon überzeugt sein, daß für eine solche Bewertung aller Rechtsobjekte weder im preussischen Lande noch in Westfalen ein Verständnis zu finden sein wird. Freilich wird man weitereres zugeben müssen, daß auf dem Boden des heute gültigen Privatrechtes die strittige Frage Privatentzug des Königshauses oder Staats-eigentum niemals vollfriedigend geklärt werden kann. Durch die Revolution ist das jahrhundertliche historische Recht der königlichen Familie zum Grunde geworden. Auch diesem Rechtsboden hat sich der Republik auf, und es ist eigentlich nur natürlich, daß es ihr und ihren Befürwortern nicht gelingt, den Rechtsboden wiederzufinden, den sie verlassen hat.

„Es handelt sich um einen Bestandteil der nationalen Kultur, der ohne unangehörige Entschädigung dem Staat und dem Land, mit dem er untrennbar verknüpft ist,

gar nicht weggenommen werden kann“; so schreibt das „Berliner Tageblatt“ über die finanzielle Auseinanderlegung mit den Hohenzollern. Sehr wahr! Nur hätte man sich darüber klar werden müssen, als daß das Königshaus vom Thron ließ, das mit der nationalen Kultur seit Jahrhunderten eng verwachsen und untrennbar verknüpft war, und das nicht weggenommen werden konnte, ohne Volk und Land eine unangehörige Entschädigung zuzufügen, unter der es noch lange, lange leiden wird.

Der Kampf gegen das Deutschtum in Prag.

Prag, 17. Sept. Der Bürgermeister von Prag, Braxa, hat das Anbringen von deutschen oder zweisprachigen Plakaten während der hier stattfindenden kulturellen Ausstellung des Dresdener Hygienemuseums „Der Mensch“ unter Hinweis darauf verboten, daß Prag seinen nationalen und ethnischen Charakter wahren müsse. Nach einem Stadtratsbeschlusse sei die Anbringung deutscher Plakate in Prag mit Ausnahme der Theaterzettel unzulässig. Nach dem Einwand, daß Prag, abgesehen von seinen 30 000 deutschen Einwohnern, als Hauptstadt eines von 3 1/2 Millionen Deutschen bewohnten Staates die Sprache dieser Völker zu reibetieren habe, ließ der Bürgermeister nicht gelten.

Die Deutschnationalen haben sich verschlossenheit.

München, 17. Sept. Der große Bundesausfluß der Deutschnationalen Partei hat nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Dr. Hanemann folgende Entscheidung angenommen: Nachdem sich schwerer Bedenken der Londoner Falt durch deutschnationale Stimmen zur Annahme gelangte, erkläre der Bundesausfluß, Baden die Aufgabe der Partei darin zu bestehen, sich in jeder Weise und unter allen Umständen zu bemühen, nur dann ist es möglich, die Linie der deutschnationalen Politik ohne Schwanken im alten Sinne fortzusetzen und die Reichspolitik auf dem Wege der Erfüllung hinweg zum Kampf für das heilige Lebensrecht des deutschen Volkes zu zwingen. Wenn Abwärtend der anderen Parteien dies unmöglich macht, so ist schärfste Kampfanlage unbedingte deutschnationale Pflicht.

Ein Abkommen in Berlin.

Berlin, 17. Sept. Die Berliner Vertretung der Russischen Telegraphen-Agentur teilt mit, ist zwischen dem Delegierten der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik in Deutschland, Botshofster Krekstin, einerseits und den Delegierten Ungarns, Minister von Anna und Legationsrat Jung er h andererseits, ein Abkommen über Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen abgeschlossen worden. Das Abkommen soll durch beide Regierungen bestätigt werden.

Das Ruhrkohlen-Abwärtend.

Essen, 17. Sept. Die gestrige Verammlung der Ruhrkohle A. G. (Abwärtend-Betriebsrat Kohlenbergbau), die bis 8 Uhr abends tagte, hat die von dem größten Teil der Ruhrkohle erzielte Einigung trotz aller Bemühungen, die letztere gemacht haben, nicht gebracht. Alle Versuche, die noch außenstehenden Zechen, namentlich Gwold und Wismar, zur teilweiligen Unterzeichnung zu bewegen, scheiterten vor allem an dem hartnäckigen Widerstand der beiden vorgenannten Zechen. Die Folge davon ist, daß das Syndikat in der Weise in Kraft tritt, daß 90 Prozent des Ruhrkohlenbaus diesem freiwilligen Syndikat beitreten, während der Beitritt der übrigen durch eine Verordnung des Reichsgerichtes am 17. September vollzogen wird. Eine dahingehende Verfügung des Reichsgerichtes ist bereits gestern abend im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht und in Kraft getreten.

Der Berliner chinesische Gesandtschaftsträger zu den Ereignissen in China.

Berlin, 16. Sept. Der chinesische Gesandtschaftsträger in Berlin, Herr Hou, der in Abwesenheit des Geleiteten die Ber-

Der Herr aus Java.

Roman von L. vom Bogelsberg.

11) „Das werde ich nicht!“ sagte sie nachdruckhaft rasch. „Hand drauf!“ Sie ärgerte ein wenig, dann reichte sie die kleine feste Hand, der die Arbeit nicht fremd zu sein schien, vorzüglich hin. Sie wollte sie sofort wieder zurückziehen, aber er hielt sie fest und sah sie mit lächelnden Augen an. „Bist ich gewichtig habe. Ich habe eben den Hund Ihres Vaters nach Strich und Haben verkauft.“ Die Hand zuckte ein wenig in der feinen, aber sie wurde nicht zurückgezogen. Dabei sentte sich jedoch der hübsche Kopf, und das Gesicht des Mädchens wurde traurig. Er erschrak über diesen Wechsel und suchte, ihre andere Hand ebenfalls zu fassen. „Habe ich Ihnen weh getan, Fräulein Kurator? Das lag wahrhaftig nicht in meiner Absicht. Und wenn ich unbewußt...“ Sie schüttelte abwehrend den Kopf. „Nein, machen Sie sich keine Vorwürfe. Der Hund hat es reichlich verdient. Ich habe ihn selbst. Und wenn mein Vater...“ Er füllte den Druck der feinen Hand, die in der feinen lag; dann hatte sie sich rasch von ihm befreit. „Reben Sie wohl und vergehen Sie mein Gebaren.“ Fort war sie. Gerhart sah auf der Bank wie Sots Weiß, hatte die eine Hand auf der Betische liegen, während die andere zu Boden hing, und starrte in den blauen Himmel. „Da ist der Mensch zum Affen“, brumnte er vor sich hin, aber es war ihm gar nicht humoristisch zumut. Er wäre wohl noch bis in den Abend hinein sitzen geblieben, wenn nicht Spitz von der Kängeweile geplagt worden wäre und sich einen Finger der herabhängenden Hand herausgestreckt hätte, an dem er gemächlich zu kauen anfang. Da sprang Gerhart auf. „Du hast recht, Spitzchen, wir sind beide nicht zum Säugetier geboren. Und dann haben wir ja nichts zu überlegen.“ Er ging geradewegs in die „Goldene Traube“ hinunter und nahm sein Weinchen ein. Das Gastzimmer für die Bevorzugten war leer, nur Valentin Burger leistete ihm Gesellschaft. Ihm brannte das Herz lichterloh, und diplomatisch labierte er an das Thema heran.

„Am, Ihr kleiner Hund hat doch keinen Schaden genommen vorhin?“ „Nein.“ „Am, sehen Sie sich vor mit dem Hund, der hat den Kleinen jetzt sicher auf dem Strich. Und mit dem Herrn Stadtrat ist nicht gut Kirchen essen.“ Gerhart lachte behaglich. „Ich will mit dem Herrn Stadtrat weder Kirchen noch sonst etwas essen.“ Valentin Burger wiegte bedenklich den Kopf. „Ach, er ist ja sonst kein unebener Mann, aber er ist ein großer Hum, Weinrentner — bringt eben der Beruf mit sich — und wenn er da mal fäkter probiert hat...“ Es lag auf der Hand, Valentin Burger war zu weiteren Mitteilungen geneigt. Und da Gerhart hier, ohne selbst Fragen stellen zu müssen, manches Wissenswerte erfahren konnte, so ließ er ihm das Wort. „Wissen Sie, Herr Hardeboitz, in dem Haus steht kein guter Geist. Die Frau war eine liebe und feine Frau, aber die ist schon lange tot; die Jüngste war damals kaum zwei Jahre alt. Aber gerade die Heilste, die Maria, hat die Sache angepaßt und die Geschiedte zusammengeworfen. Ein famoseres Mädel. Wenn sie nur den verfluchten Trost nicht hätte. Keine Spur von Hochmut, gibt den letzten Pfennig her, wenn's sein muß, und ein lieber Kerl sonst im Umgang. Aber wenn ich etwas nicht weiß, gleich die Mädeln aufmerksamer. Und hartnäckig, ist sie in ihrem Trost. Mag sein, daß sie nicht zu knapp ihre Last mit dem Herrn Stadtrat hat. Man steht da nicht drein. Aber wahrheitlich stehen die Dinge heute nicht mehr so wie früher. Er kumpt zu viel. Und daß er beliebt ist, kann man auch nicht gerade behaupten. Er hat keine rechte Lebensart und sitzt viele Leute vor den Kopf. Na, meinnetwegen, mich läßt's nicht.“ „Sein Einfluß in der Stadt ist wohl recht groß?“ fragte Gerhart. Valentin Burger zuckte die Achseln. „Stellen Sie die Frage anderswo und Sie werden überall die gleiche Antwort hören. Die Leute haben ihn zum Götzen gemacht, so daß er jetzt selbst an seine Herrlichkeit glaubt. Immerhin soll er eine gute Nummer beim Bürgermeister haben.“ Gerhart rüffelte sich zum Gehen. „Ich werde bis auf weiteres wieder bei Ihnen essen, Herr Burger. Aber ich möchte an keine Zeit gebunden sein, ich kann den Zwang nun einmal nicht leiden.“

Der Traubentritt kniff verächtlichvoll die Lippen ein. „Verstehe, Herr Hardeboitz. Sind sozialen wieder Stroh hitover geworden. Nur bildlich, selbstverständlich, bitte sehr. Kommen Sie ganz nach Belieben, bringen Sie auch den Kleinen da mit, werde ihm speziell immer etwas Gutes aufheben.“ Er dienerte vergnügt hinter dem Davonstreichenden her. Seine rundliche Hälfte, die mittlerweile dazu gekommen war, gab ihm einen neckenden Rippenstoß; „Neiß dir nur nicht den Kopf ab, Valentin, du tust ja, als wenn du hinter einem Krinzen her wärst.“ Valentin hob das gestirnte Köppchen in den Nacken und sah seine Amalie lächelnd an. „Der hat nicht das Anglist gehabt, Prinz zu sein; es ist besser, er ist so geraten, wie er ist. Ich sage dir, Amalie, in Belgis werden sich in der nächsten Zeit große Dinge ereignen. Und er wird sie brechen.“ „Und du wirst dir die Gäfte verteilen, wenn du's mit ihm hälst“, machte sie bedenklich. Aber ihr Geheißens hob das Köppchen nach vorn. „Dreißig Jahre sind wir nun halb verheiratet, und immer noch hälst du mich für so dumme. Niemals offen Partei ergreifen, Amalie, niemals, verheißt du. Wenigstens nicht, solange die angegriffene Partei noch die stärkere ist. Und das ist hier der Fall. Aber er wird's schaffen, der Herr aus Java, er hat das Zeug dazu.“ 6. Ein prächtiger, sonniger Aprilmorgen war heraufgestiegen. Gerhart war durch den Garten gegangen, in dem die Weiden mit den Narzissen und den Frühgülden um die Wette blühten, und ging nun in den Vorgarten, in dem der Goldlack wahre Wolken weißen Duftes in die Luft sandte. Auf der Statuenmauer saß Kali und wärmte sich behaglich, und neben ihm sah Spitz und besah mit Kennerniene und voll Selbstbewußtheit die Umgebung seines witzigen Dajens. Gerhart freute sich ihm den Kopf durch das Gitter und ging in das Haus zurück. Er betrat das Borkerzimmer, dessen Fenster gerade auf den Vorgarten gingen, und nahm während eines der Beweisen von der Wand. Er betraf den Fellüberzug, öffnete den Sauf und hob, um ganz sicher zu gehen, eine Patrone ein. Es war alles in Ordnung. Als er gerade das Schloß wieder öffnen wollte, hörte er plötzlich Balis angustvolle Stimme ganz nahe. „Zuwan, Zuwan — der Hund!“ (Fortsetzung folgt.)

